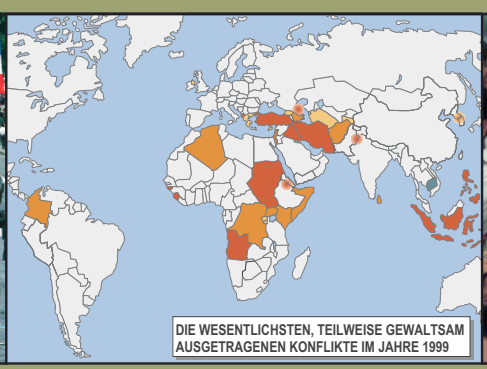
ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet 1808



Aus dem Inhalt

Gustav E. Gustenau:
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - eine Herausforderung für die „Post-Neutralen“

Wolfgang Schober:
Armee und medial-öffentliche Meinungsbildung

Andrea K. Riemer:
Information Society und/ oder Nationalstaat: Was nun im neuen Millennium?

Lothar Rühl, Deutschland:
Die strategische Lage zum Jahreswechsel

P. Eder/B. Hofbauer:
Raketenabwehr als Antwort auf neue Bedrohungen

Klaus v.d. Ropp, Deutschland:
Der Süden Afrikas - eine sicherheitspolitische Herausforderung für Europa?

P. b. b.
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien

1/2000

XXXVIII. JAHRGANG, HEFT 1 JÄNNER/FEBRUAR 2000

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE
MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808

Zu diesem Heft

Während die EU bei der Konkretisierung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)" versucht, sich aus der Beschränkung auf ein Denken in Institutionen zu lösen, werden an der europäischen Peripherie, im Kaukasus und im Mittleren Osten bzw. in Zentralasien, Fakten strategischer Bedeutung geschaffen - und zwar ohne wesentliche Einflussmöglichkeit der Union. Russland in seiner relativen Schwäche stellt in seinen kaukasischen Territorien mit brutaler Gewalt klar, dass es eine Einschränkung seiner Souveränität dort nicht duldet. Die Bemühungen der USA um Schaffung wirtschaftlicher Voraussetzungen zur Stabilisierung der Staaten dieses Raumes und ihre Einbindung in ein strategisches Beziehungsgeflecht zeigen erste konkrete Auswirkungen. Derzeit stößt der Anspruch der EU, im umfassenden Sinn als „Player" auftreten zu wollen, nach wie vor unmittelbar „vor der eigenen Haustüre" an seine Grenzen.

Inwieweit die in Helsinki beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der ESVI geeignet sind, an dieser Situation real etwas zu verändern, bleibt vorerst abzuwarten. Zunächst werden damit eher mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Neben jener nach dem künftigen Charakter der transatlantischen Beziehungen und der konkreten Substanz, mit der angesichts der schrumpfenden Verteidigungsetats die militärischen Instrumentarien ausgestattet werden sollen, ist es v.a. jene nach einer klaren Definition gemeinsamer europäischer strategischer Interessen, die einer Beantwortung harrt, will man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, „l'art pour l'art" zu betreiben. Dem Projekt ESVI dürfte damit insgesamt eher eine mittel- bis langfristige Realisierungsperspektive offen stehen, was die Erweckung hoch gespannter Erwartungshaltungen kontraproduktiv scheinen lässt.

Das erste Heft des neuen Jahrganges befasst sich in seinen Einzelbeiträgen neben dem üblichen Rückblick auf die strategisch relevanten Ereignisse des vergangenen Jahres v.a. mit zukunftsorientierten Aspekten. Lothar Rühl greift in seinem mittlerweile schon zur Tradition gewordenen Artikel zur strategischen Lage zum Jahreswechsel weit über eine bloße Jahresrückschau aus und analysiert die aktuellen Determinanten der sicherheitspolitischen Lageentwicklung mit längerfristiger Wirksamkeit.

Andrea K. Riemer widmet sich der für die Entwicklung des internationalen Systems bedeutsamen Frage, welchen Einfluss die Informationstechnologie auf die sozialen und politischen Strukturen der Nationalstaaten und damit auch auf deren Beziehungen untereinander in Zukunft nehmen wird.

Gustav E. Gustenau versucht eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der ESVI, insbesondere im Lichte der Positionierungsmöglichkeiten der allianzfreien Mitgliedsstaaten der EU innerhalb einer solchen. Seine Schlussfolgerungen zeigen im Mindesten auf, welchen Entscheidungsbedarf diese Länder im Vergleich zu Bündnismitgliedern zu gewärtigen haben.

Ein Thema, das in diesem Zusammenhang vordergründig beinahe exotisch anmuten mag, behandelt Klaus Freiherr von der Ropp mit seinem Beitrag über die Lageentwicklung in Südafrika. Faktum ist jedoch, dass eine ernst zu nehmende europäische Sicherheitspolitik im tatsächlich umfassenden Sinn wohl kaum außer Acht lassen kann, dass Instabilitäten auch in geografisch weiter von Europa entfernten Räumen die europäische Sicherheit teilweise erheblich beeinflussen können - und daher eine Antwort auf daraus entstehende Fragen erforderlich wird, die sich aus einer Position eines „Global Players" mit guten Worten und Wirtschaftshilfe allein kaum befriedigend erteilen lässt.

Die Funktion von Streitkräften in der medial-öffentlichen Meinungsbildung ist das Thema des Beitrages von Wolfgang Schober. Sehr deutlich wird daraus, welchem Spannungsfeld der öffentlichen Meinungsbildung gerade staatliche Institutionen in der Konkurrenz zur Wirtschaft in Hinkunft ausgesetzt sein werden und welche Herausforderungen das v.a. für den militärischen Bereich bedeutet. Die ÖMZ wird diesen Entwicklungstendenzen in Zukunft ebenso permanent Augenmerk schenken wie der Analyse „neuer" Bedrohungen. In diesem Kontext steht der letzte Einzelbeitrag des vorliegenden Heftes von Philipp Eder und Bruno Hofbauer, der eine Bestandsaufnahme der US-amerikanischen Bemühungen um einen Schutz gegen eine Bedrohung durch ballistische Lenkwaffen bildet. Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist v.a. die Tatsache, dass das entsprechende Bewusstsein in Europa, das geografisch recht nahe zu manchen potenziellen Bedrohungsquellen dieser Natur liegt, noch eher dürftig ausgebildet ist. Doch vielleicht bildet dies auch lediglich ein Symptom für das Erfordernis der Entwicklung strategischer Interessen und Ziele für die Weiterentwicklung der ESVI.

Nicht zuletzt darf die Redaktion an dieser Stelle unseren Lesern die besten Wünsche für ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2000 entbieten.

Gerald Karner

INHALTSVERZEICHNIS

Lothar Rühl
Die strategische Lage zum Jahreswechsel **3**

Andrea K. Riemer
Information Society und/oder Nationalstaat: Was nun im neuen Millennium? **13**

Gustav E. Gustenau
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - eine Herausforderung für die „Post-Neutralen“ **25**

Klaus Freiherr von der Ropp
Der Süden Afrikas - eine sicherheitspolitische Herausforderung für Europa? **39**

Wolfgang Schober
Armee und medial-öffentliche Meinungsbildung **45**

Philipp Eder/Bruno Günter Hofbauer
Raketenabwehr als Antwort auf neue Bedrohungen **53**

Impressum
Seite 128

Weltgeschehen
18.10.1999 - 15.12.1999
Umschlagseite innen

Internationaler Bericht **61**
von Livia Klingl

Zur österreichischen Verteidigungspolitik **64**

Berichte 64

Internationale Rundschau **67**

Zur Neuordnung des südslawischen Raumes 67
Der Membership Action Plan - ein Schritt zur weiteren NATO-Öffnung? 69
OSZE-Tätigkeitsbericht 75

Afghanistan 82
Politische und militärische Situation
Bundesrepublik Deutschland 84
Geplante Umrüstung der türkischen Streitkräfte auf deutsche *Leopard 2*/Sicherheitspolitik/Streitkräfte
Frankreich 88
Bericht über Budgetvoranschlag 2000/Entwicklung des Personalstandes/Sicherheitspolitik
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) 90
Krieg in Tschetschenien
Indonesien 96
Situation nach den Präsidentenwahlen/Ausblick
Naher und Mittlerer Osten 99
Israel
Pakistan 102
Machtübernahme der Armee/Sharifs politischer Zweifronten-Krieg
Schweiz 105
Reformprojekt Armee XXI
Tschechien 109
Neuorientierung der Verteidigungsforschung/Ausmusterung und Promotion/Entsendung von Truppen/Reduktion der konventionellen Bewaffnung
USA 111
Verteidigungsbudget für das Finanzjahr 2000/Ablehnung des Atomteststopp-Vertrages/Übergabe des Panamakanals/Unterstützung der Verbrechensbekämpfung in Kolumbien/US-Beteiligung an der UNO-Mission für Ost-Timor/Reaktionen auf den Putsch in Pakistan/Änderung in der Organisation der Streitkräfte/Reformen der U.S. Army angekündigt/Multinationales Manöver *Bright Star 1999*/Kriegsgeschichtliche Enthüllungen
Zentralafrikanische Republik 115
Soziale und ethnische Spannungen in den Streitkräften/Regionale Vermittlungsbemühungen/Das Eingreifen der UNO/Schlussfolgerungen und Ausblick

Zeitschriftenschau **118**

Buchbesprechungen **123**

Der Süden Afrikas - eine sicherheitspolitische Herausforderung für Europa?

Klaus Freiherr von der Ropp

Ende November 1998 kündigte Anne Paton, die Witwe des südafrikanischen Schriftstellers Alan Paton, in einer Londoner Sonntagszeitung ihre Absicht an, die Kap-Republik wegen deren überbordender Kriminalität zu verlassen.[1)] In Anknüpfung an den Titel des bekanntesten Romans ihres Mannes, zeitlebens ein weltweit anerkannter vehementer Kritiker des Apartheidsystems, *„Cry the beloved country"*, überschrieb sie ihren Artikel *„Fly the beloved country"*. Anne Patons Beschreibung des Niedergangs Südafrikas fand umso mehr Beachtung, als er in vielen Ländern nachgedruckt wurde. Es heißt, in den Jahren seit dem historischen Umbruch vom Mai 1994 haben etwa 0,5 Mio. weißer Südafrikaner, d.s. etwa 10% der europastämmigen Bevölkerung (darunter ein deutlich höherer Anteil an den englischsprachigen, jüdischen und jetzt auch afrikaansen Eliten) es ihr gleichgetan und seien nach Nordamerika, Australien und Großbritannien abgewandert.

M.Hutchings/Reuters

Der friedliche Machtwechsel nach den ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte Südafrikas nötigte auch dem Ausland Respekt ab. Präsident Nelson Mandela und der damalige Vizepräsident Willem de Klerk feiern hier die Annahme der neuen Verfassung.

Das „Wunder" des Machtwechsels von 1994

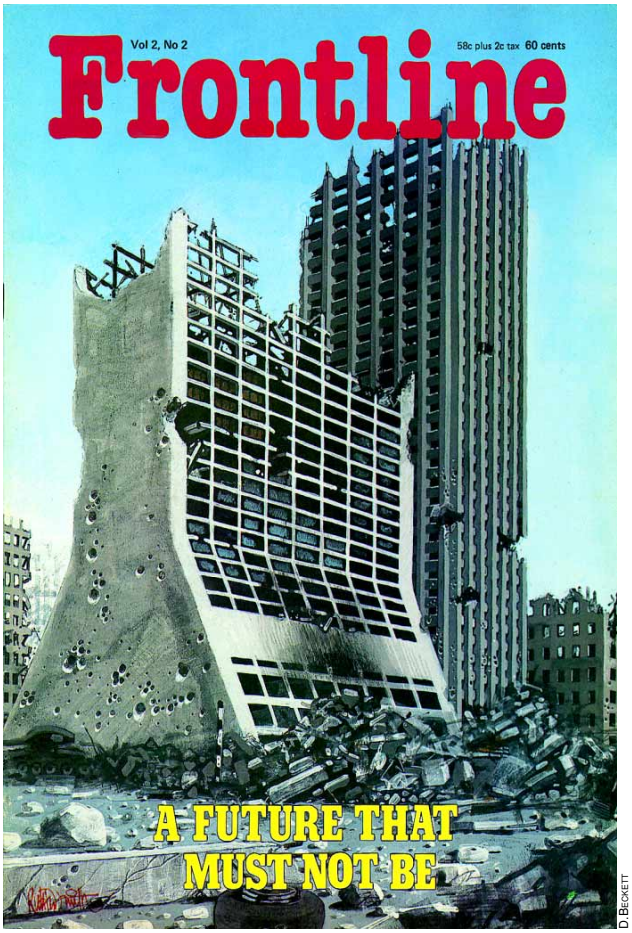
Der nach den ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes im Mai 1994 vollzogene Machtwechsel von den Afrikaanern („Buren") unter Frederik Willem de Klerk zu den Afrikanern unter Nelson R. Mandela, ohne Zweifel eine der wenigen großen Gestalten unserer Zeit, hatte mit Fug und Recht im In- und Ausland viel Bewunderung ausgelöst. War es doch gelungen, eine rassistische Ordnung, die, in den letzten etwa 40 Jahren Apartheid genannt, sich in 350 Jahren herausgebildet hatte, zu überwinden, ohne dass zuvor der weltweit erwartete Bürgerkrieg die Republik am Kap der Guten Hoffnung zerstört hatte. Der Regimegegner Denis Beckett hatte Recht behalten, als er Anfang der 80er Jahre sein liberales Blatt „Frontline" mit einer Photomontage des zerstörten Carlton Center, des kurz zuvor in Johannesburg eröffneten Luxushotels, als Titelfoto herausbrachte, darunter jedoch den trotzigen Satz setzte: *„A Future that must not be."*[2)]

Erste Anzeichen des Niedergangs

Und dennoch drohte dem Carlton Center bis vor kurzem (jetzt durch Zerfall) die Zerstörung. Gewaltkriminalität im Umfeld hatte vor einigen Jahren seine Schließung erzwungen. Immer mehr im „Johannesburg Business District" (JBD) gelegene Bürohäuser wurden auf Grund der hier besonders extremen Kriminalität aufgegeben. Psychologisch ist wichtig, dass der Mischkonzern Anglo American, das mit Abstand größte Unternehmen des Landes, trotzdem seine Büros im JBD beibehielt. Als dann aber Anglo American Ende 1998 seinen Hauptsitz von Johannesburg nach London verlegte, sollte es niemanden wundern, dass der Hotelkomplex wenige Monate später für nur ein Zwanzigstel seines ursprünglichen Wertes veräußert wurde. Es wird kein Zufall sein, dass die Verkehrsholding Transnet, also eine halbstaatliche Gesellschaft, den Komplex erwarb. Die Regierung muss zumindest versuchen, die Verslumung des JBD zurückzudrängen. Dies umso mehr, als auch in Durban, Pretoria, Port Elisabeth, Kapstadt u.a. ähnliche Entwicklungen des Niedergangs zu beobachten sind. Die Größe des zuvor fast 30 Jahre inhaftierten Mandela hat viele Beobachter der Kap-Republik daran gehindert, sich die Frage zu stellen, ob v.a. die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes - die Afrikaner übernahmen von den Afrikaanern ein in vielem zerrüttetes Land - überhaupt lösbar sind. Hinzu kommt, dass die Immunschwäche Aids in Südafrika und allen Anrainerstaaten längst zur Epidemie geworden ist.[3)]

Chancen der Demokratie in einem tief gespaltenen Land

Eine eigenartige Mischung von Unkenntnis der Probleme im Nach-Apartheid-Südafrika, ein gerütteltes Maß an Naivität und nicht zuletzt ein Übermaß an politischer Korrektheit haben häufig den Blick auf die im jetzigen Transformationsprozess zu meisternden Herausforderungen verstellt. Die Nachdenklichkeit im Bemühen um die Demokratisierung und Stabilisierung ehemals kommunistischer Gesellschaften in Europa findet in westlichen Diskussionen über die südafrikanischen Entwicklungsperspektiven selten ihresgleichen, obwohl Südafrika viel länger als die meisten Staaten im früheren sowjetischen Machtbereich undemokratisch regiert wurde. Fast scheint es so zu sein, als seien die zahllosen skandinavischen, deutschen, kanadischen etc. Experten, die Mitte der 90er Jahre die Südafrikaner bei den Verhandlungen über die Nach-Apartheid-Konstitution berieten, der Meinung gewesen, Demokratie lasse sich durch einen Federstrich des



Die Fotomontage des zerstörten Carlton Centers, eines Anfang der 80er Jahre eröffneten Luxushotels in Johannesburg, symbolisierte viele Befürchtungen in und außerhalb Südafrikas vor einem Bürgerkrieg.

Verfassungsgebers schaffen. Kaum einer von ihnen hatte den Mut Egon Bahrs,[4] der im Interesse der Stabilität eines damals noch in weiter Ferne liegenden neuen Südafrika vor bald einem Vierteljahrhundert einem *„bislang unbekannten Modell gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz für Minderheiten"* das Wort redete. Eine der ganz wenigen Ausnahmen ist die Amerikanerin Patti Waldmeir, ohne Zweifel die bestinformierte Journalistin jener Zeit, die lakonisch feststellte, *„demokratische Artigkeiten müssen gegenüber der alles beherrschenden Notwendigkeit, Stabilität zurückgewinnen, hintanstehen"*[5]. Die Schwäche de Klerks und seiner in Südafrika einst allmächtigen Nationalen Partei (NP) - beide waren auf die Rolle von Konkursverwaltern[6] reduziert - verhinderte Mitte der 90er Jahre bei den Verhandlungen der zunächst in Kempton Park/Johannesburg und dann in Kapstadt tagenden Verfassungsgebenden Versammlung die Aushandlung einer Staatsordnung ähnlich der kurze Zeit später in Dayton für Bosnien-Herzegowina gefundenen. So gab sich Südafrika, eine ebenso junge wie fragile Demokratie, eine in vielem idealistische liberale Verfassung, die keinen Vergleich mit denjenigen etablierter westlicher Demokratien zu scheuen braucht.

Über die Notwendigkeit interventionistischer Diplomatie

Heute wird, in der Regel hinter vorgehaltener Hand, von der Gefahr eines Scheiterns der Transformation hin zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gesprochen. Noch weniger vernehmbar ist die verbreitete Sorge,[7] dass v.a. Briten, Portugiesen und Deutsche über kurz oder lang gezwungen sein könnten, ihre Staatsangehörigen - insgesamt gibt es hier über 1 Mio. Bürger der EU-Staaten - unter Nutzung der südafrikanischen See- und Flughäfen wie auch des in den 80er Jahren von Washington für Notfälle in Molepolole (nahe Gaborone/Botswana) gebauten und offenbar unter dem Kommando der US-Luftwaffe stehenden Großflughafens aus einem im Chaos versinkenden Land zu evakuieren. Die Erkenntnis, dass diese Aufgabe über eine Distanz von bald 10.000 Kilometern nicht zu lösen ist, verhindert eine entsprechende Diskussion in der Öffentlichkeit. Umso mehr sind diplomatische Anstrengungen gefordert. Sie müssen darauf zielen, das zu stabilisieren, was eine Handvoll britischer und amerikanischer Diplomaten um Sir Robin Renwick (1987-91), eher ein Gouverneur als nur der Botschafter Großbritanniens,[8] und anschließend der aus Galizien stammende und daher mit Minderheitenfragen vertraute US-Botschafter Princeton Nathan Lyman[9] in Geheimdiplomatie erreichten. Wie gefährdet die Hinwendung Südafrikas zur Demokratie ist, machten Anfang Juni 1999 die zweiten demokratischen Parlamentswahlen in der Geschichte des Landes deutlich. Die bis vor wenigen Jahren sozialliberal orientierte „Demokratische Partei" (DP) führte gegen die seit Mai 1994 in Pretoria regierende „Allianz" von ANC, SACP (South African Communist Party) und Cosatu (Congress of South African Trade Unions) einen militanten Wahlkampf und konnte so mit 9,6% ihr Ergebnis von 1994 fast versechsfachen. Ihre immer wieder vorgebrachte Parole *„Slaan terug, stem DP"* (*„Schlagt zurück, wählt DP"*) sprach auch viele konservative und selbst rechtsradikale Afrikaaner - knapp 80% der DP-Wähler waren Weiße - an. Niemand war dann überrascht, als der ANC - zusammen mit seinen Allianzpartnern SACP und Cosatu gewann er zwei Drittel der Parlamentssitze - die Parlamentarier der DP als *„Neonazis"*, *„Rassisten"* oder einfach *„Nazis"* beschimpfte. Südafrika - die alte Ordnung reichte bis in die katholischen Klöster - ist der Sieg über die eigene Geschichte erwartungsgemäß nicht gelungen.[10]

Großbritannien als Initiator der Hinwendung zur Demokratie

Briten und Amerikaner beobachteten Ende der 80er Jahre in Sorge, dass das Regime der Afrikaaner auch angesichts der ständigen politischen, jedoch noch nicht militärischen Fortschritte der Befreiungsbewegung ANC zum grundlegenden Wandel nicht fähig war. So war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Kap-Republik in einem Bürgerkrieg versinken würde. London und Washington konnten dann ab 1987 aktiv werden. Denn zum einen schwand mit dem Ende des Kalten Krieges die Gefahr, dass die UdSSR und ihre Verbündeten den ressourcenreichen Süden Afrikas zu einem riesigen Kuba machen würden, und zum anderen bot die Ablösung des altersstarren Pieter Willem Botha durch den zwar verhandlungsbereiten, jedoch auf Verhandlungen nicht vorbereiteten de Klerk als Staatspräsident „interventionistischer" Diplomatie die Chance der Schadensbegrenzung. Für die von 1987 bis 1991 alles überragende Rolle der Briten waren drei Gründe maßgeblich - zunächst die über ein Jahrhundert alte Verflechtung der britischen mit der südafrikanischen Volkswirtschaft. Ferner lebten um diese Zeit ca. 800.000 britische Staatsangehörige in Südafrika, auf deren Rückkehr Großbritannien auch für den Fall nicht vorbereitet war, dass diese nicht fluchtartig erfolgen würde. Und schließlich gab es im Südafrika der Afrikaaner zumindest

(so die entsprechende Verlautbarung de Klerks vom März 1993, als er deren Vernichtung bekanntgab) sechs fertiggestellte und eine weitere, im Bau befindliche Kernwaffe.[11] Der ebenso geniale wie rücksichtslose Botschafter Renwick verstand es, sich für seine Diplomatie den Rückhalt des wirtschaftlichen und militärischen Potenzials der USA zu verschaffen. Zugleich - geradezu ein Lehrstück für das Scheitern der angestrebten Europäischen Politischen Zusammenarbeit (der Vorgängerin der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik/GASP) - ließ er die übrigen Mitgliedstaaten der damaligen EG außen vor.

Das Scheitern de Klerks und die Diplomatie Washingtons

Es war eine Mischung von Einsicht in die Unhaltbarkeit des status quo und massivstem Druck Großbritanniens und der USA, die den im August 1989 zum Staatspräsidenten gewählten de Klerk in radikaler Abkehr von allem, für das er und seine Partei (die NP) in Jahrzehnten gestritten hatten, Anfang 1990 Mandela und die übrigen politischen Gefangenen freilassen, die ins Exil abgedrängten Führer der Befreiungsbewegungen die straffreie Rückkehr gestatten und ein Jahr später die letzten der mehr als 300 Apartheidgesetze über Bord werfen ließ. In den dann von Ende 1991 bis Ende 1993 mit der ANC/SACP/Cosatu-Allianz und vielen kleineren Parteien in Kempton Park/Johannesburg geführten Verhandlungen war die NP den Unterhändlern der Allianz - v.a. Gewerkschaftsführer Cyril Ramaphosa, SACP-Generalsekretär Joe Slovo und der Bürgerrechtler Valli Moosa - in keiner Phase gewachsen. De Klerk und seine NP verhandelten zu spät, sie waren unvorbereitet und begegneten ihren Gegnern mit einer rassistischen Einstellung. So nahm es nicht wunder, dass Slovo Ende 1993 mit Recht bemerkte: *„Wenn ich das Resultat insgesamt betrachte, so kann ich, ohne zu zögern, feststellen, dass wir das bekommen haben, was wir anstrebten.“*[12] Viele Afrikaaner mochten die Akzeptanz des Prinzips „Ein Mensch, eine Stimme“ durch de Klerk als Kapitulation empfunden haben. Mit Fug und Recht bezweifelten die britischen und amerikanischen Unterhändler wie auch die Allianz, dass es in den von Afrikaanern beherrschten Sicherheitskräften, in den Kreisen der Farmer wie auch unter der weißen Arbeiterschaft nicht doch noch zu Aufständen kommen würde. Dem begegneten sie mit weiteren Verhandlungen, die von August 1993 bis April 1994 die Spitze des ANC und den früheren Viersternegeneral Constand Viljoen - seine Gefolgsleute organisierte er später in der Vryheids Front (VF) - zusammenführten. V.a. dank des Einsatzes von US-Botschafter Lyman, der zu Viljoen einen „heißen Draht“ unterhielt, und des im Hintergrund agierenden neuen britischen Botschafters, Sir Anthony Reeve, führten sie noch Stunden vor den ersten demokratischen Wahlen am 23.4.1994 im Union Building zu Pretoria im Beisein von Lyman und Reeve Verhandlungen zur Unterzeichnung der „Vereinbarung zum Recht der Afrikaaner auf Selbstbestimmung“ durch Viljoen und den heutigen Staatspräsidenten Thabo Mbeki. Ohne die Unterzeichnung dieses Abkommens wäre es vielleicht noch vor der Wahl zum Bürgerkrieg gekommen.

J.Ngwenya/Reuters

Der Aufbau von der neuen Ordnung loyalen Streitkräften (hier Soldaten der SANDF bei einer Patrouille in Richmond) bildete eine starke Herausforderung der Regierung und der militärischen Verantwortungsträger.

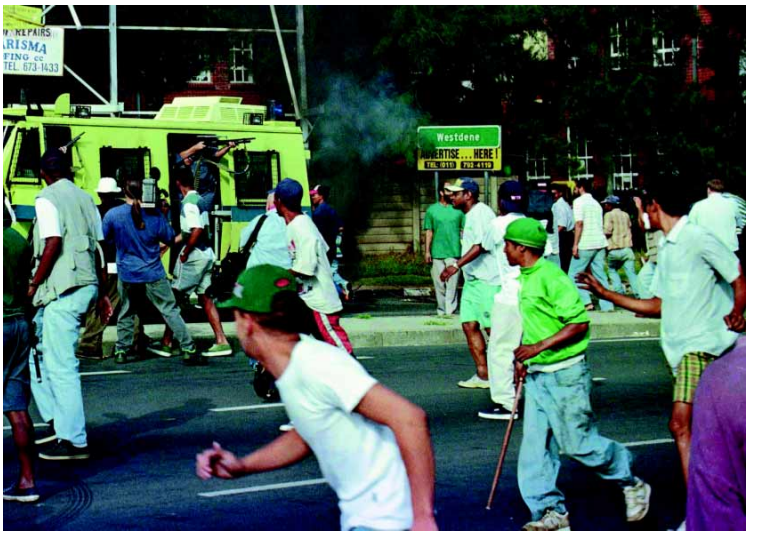
Das neue Südafrika, ein schwacher Staat

Viele der damals aktiven afrikaansprachigen Soldaten und Polizisten haben seither den Staatsdienst verlassen und oft führende Positionen in privaten Sicherheitsgesellschaften übernommen. Diese beschäftigen inzwischen an die 400.000 Mitarbeiter, davon die Mehrzahl Afrikaaner. Demgegenüber hat die Polizei wie andere Zweige der öffentlichen Verwaltung mit einem drastischen Leistungsabfall zu kämpfen. Zahllosen Afrikaanern unter den Bürokraten - etwa bei der Polizei, bei der Justiz und im Strafvollzug, beim Zoll, bei der Grenzkontrolle, im staatlichen Gesundheits- und Erziehungswesen und jetzt auch in den Streitkräften (South African National Defence Force/SANDF) - wurden für den Fall ihres Ausscheidens großzügige Abfindungen angeboten. Die Tüchtigen unter ihnen nahmen sie an und traten, wie erwähnt, in private Sicherheitsgesellschaften ein. Bei vielen der im Staatsdienst verbliebenen Afrikaaner stellt sich die Frage nach der Loyalität zu einer Regierung, die ihnen immer sehr fremd bleiben wird. Die Nachfolger der Verbliebenen sind häufig Afrikaner ohne Berufserfahrung und noch dazu Opfer des in Zeiten der Apartheid praktizierten (die Afrikaner diskriminierenden) Systems der „Bantu Education“. Seine ineffiziente und nicht selten korrupte öffentliche Verwaltung hat Südafrika mittlerweile zwar noch nicht zu einem „typisch afrikanischen“, aber doch schwachen Staat werden lassen.

Zur Rolle der Afrikaaner im neuen Südafrika - eine Hypothek?

Selbst ein langjähriger Dissident und politischer Häftling wie der Schriftsteller Breyten Breytenbach spricht mit Verzweiflung über das neue Südafrika. Schon vor Jahren sah er es auf Grund seiner inneren Probleme *„die ungezählten Varianten der Barbarei durchlaufen“*.[13] Wahrscheinlich stellte sich die Stabilität des Landes deutlich positiver dar, hätte der ANC das im April 1994

mit Viljoen geschlossene Abkommen nicht nur in die Verfassung aufgenommen (Art. 235), sondern in die Tat umgesetzt.[14] Unter Ausnutzung der Zerstrittenheit des Viljoen-Lagers widersetzte sich die ideologische Fraktion im ANC in den Verhandlungen, die der ANC nach Mai 1994 mit ihm führte, der Implementierung des Abkommens. Die Folge war die Marginalisierung Viljoens und der Siegeszug jener, die „zurückschlagen" werden. Angesichts der seit 1994 in Hunderten von Fällen unter Beweis gestellten Unfähigkeit der Polizei, die zunehmenden Morde an weißen Farmern aufzuklären, kam es inzwischen zu einer Radikalisierung der Ansichten mancher Afrikaaner.[15] Mögliche Szenarien reichen bis zu einer Aktivierung der Reservisten („Kommandos") und Teilen der privaten Sicherheitsgesellschaften, um dem ANC mit Gewalt eine Teilung Südafrikas abzutrotzen.



J.Barlow/Reuters

Die horrende, häufig strukturelle Arbeitslosigkeit trägt immer wieder zu Unruhen (hier 1997 in Johannesburg) und zu einem alarmierenden Ansteigen der Gewaltkriminalität bei.

Westliche Politik sollte unbedingt bemüht sein, Pretoria klarzumachen, dass dieses sicherheitspolitische Potenzial der Afrikaaner ebenso zur Zerstörung wie zur Stabilisierung Südafrikas eingesetzt werden kann. Letzteres wird - und auch das muss westliche Diplomatie sehr deutlich aussprechen - nur gelingen, wenn zuvor das Existenzrecht der Afrikaaner, etwa im Sinne des Art. 235, machtpolitisch abgesichert worden ist.

Eine Ende 1999 von dem bedeutenden Sozialwissenschafter Lawrence Schlemmer, in der Apartheidzeit ein liberaler Dissident, für das Meinungsforschungsinstitut „Markdata" (Johannesburg) angefertigte Studie hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit unter den afrikaansprachigen Südafrikanern wie auch der englischsprachigen Weißen die Implementierung von Art. 235 begrüßen würde. Die ANC/SACP/Cosatu-Allianz wird dem stattgeben müssen. Wichtig ist, dass der Westen die allfälligen Verhandlungen zwischen Pretoria und den ethnischen Minderheiten (darunter v.a. den Afrikaanern) wieder anstößt und konstruktiv begleitet. Ohne die Diplomatie der Angelsachsen wäre Südafrika Anfang der 90er Jahre in einem Bürgerkrieg zugrunde gegangen; ohne eine analoge Diplomatie der EU und der Nordamerikaner wird dieses Land wenige Jahre nach der Jahrhundertwende in Anarchie versinken. Hier sind die EU-Staaten Österreich und Deutschland mit ihrem historischen Erfahrungsschatz zu Fragen des Minderheitenschutzes in Südost-, im östlichen Mittel- und in Osteuropa besonders gefordert.

Gewaltkriminalität als Krebsschaden?

Jede Analyse der Entwicklungsperspektiven des Subkontinents südliches Afrika wird sich vorrangig mit der in Südafrika grassierenden „privaten" und organisierten[16] Kriminalität auseinandersetzen müssen. Umfragen der in Johannesburg ansässigen Euro Chamber wie auch der Deutsch-Südafrikanischen Industrie- und Handelskammer machten in den vergangenen Jahren deutlich, dass sich die Kriminalität gleich einem Krebsgeschwulst fortentwickelt und schlichtweg alles gefährdet.[17] Sie hat (neben dem schwachen Staat) eine wesentliche zweite Ursache, nämlich die horrende, häufig strukturelle Arbeitslosigkeit. Sie reicht an die 50%-Marke heran und ist seit 1994 ständig gestiegen, zumal pro Jahr 100.000 Arbeitsstellen verloren gingen.

Unter Zurückdrängung aller wirtschaftspolitischen Vorstellungen seiner einstigen Kampfgefährten im sozialistischen Lager und selbst des von den vielen Nicht-Marxisten im ANC bevorzugten „Schwedischen Modells" hat sich die ANC/SACP/Cosatu-Allianz mit Machtantritt zu einem GEAR (Growth, Employment and Redistribution) genannten Kurs der Marktwirtschaft durchgerungen. Sie hoffte, pro Jahr 100.000 neue Arbeitsstellen zu schaffen und das Bruttosozialprodukt um 6% zu steigern - beides misslang. Das erste Ziel wurde in sein Gegenteil verkehrt, das zweite mit einem Durchschnittswachstum von höchstens 1,5% deutlich verfehlt.

Das Südafrika der Afrikaaner war als Folge der Sanktionspolitik der Außenwelt aus dem GATT ausgeschlossen und konnte daher hohe Schutzzollmauern errichten. Von ausländischer Konkurrenz weitgehend abgeschirmt, wurde in Südafrika zwar häufig mit veralteten Methoden, doch marktgerecht produziert. Mit der Wiederaufnahme in das GATT bzw. als WTO-Mitbegründer war Pretoria gezwungen, Zölle radikal abzubauen.[18] Um sich gegen die neue (ausländische) Konkurrenz im Inland behaupten zu können, bedürfen die zu modernisierenden Produktionsstätten gigantischer Investitionen. Mangels ausreichender inländischer Sparquote müssen diese aus dem Ausland, v.a. aus der EU, kommen. Die Kriminalität, die apartheidbedingte allgemeine Ausbildungsmisere, die HIV/Aids-Epidemie, die Militanz der Gewerkschaften und die allgemein groß gewordenen Zweifel am Gelingen des Transformationsprozesses verhindern das. Wenn überhaupt investiert wird, dann sind dies Portfolioinvestitionen oder, wie in den Fällen der deutschen Kraftfahrzeughersteller Daimler-Chrysler, BMW und VW, Investitionen in technologieintensive und nicht arbeitsintensive Produktionen. So ist richtig, was David Roche, der Chefstratege von „Independent Strategy/ Global Investments Consultants" (London) bereits vor eineinhalb Jahren äußerte: *„Von allen aufstrebenden Märkten hat Südafrika den größten Bedarf an ausländischem Kapital und das geringste Potenzial, es anzuziehen."*[19] Auch der Rückgang des Goldpreises und (als Folge der Asienkrise) die verringerte Nachfrage nach südafrikanischen Rohstoffen in Südostasien haben die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärft; so kam es zur Schließung einer ganzen Reihe von Bergwerken. Es bedarf keiner besonderen Fantasie, um für die Zukunft noch mehr Streiks, Hungermärsche und (von SACP und Cosatu längst gefordert)

eine Abkehr von GEAR zu prognostizieren. Letzteres würde allerdings wohl den Todesstoß für die modernen Sektoren der südafrikanischen Volkswirtschaft bedeuten. Seine Allianzpartner mögen hier und da dem wissenschaftlichen (oder nichtwissenschaftlichen) Sozialismus nachtrauern.[20] Mbeki und seine Minister wissen jedoch nur zu gut, dass jede Reminiszenz dieser Art für ihr Land fatale wirtschaftliche Folgen hätte.

Wenn es denn für die hier nur kursorisch angesprochenen Probleme überhaupt Lösungen gibt, dann nur, wenn die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verbessert werden. Südafrika muss somit zu Stabilität finden. Gelingt das nicht, so wird das Land mit allen katastrophalen Folgen auch für Europa in einem Knäuel von Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Aids untergehen.

Das regionale Umfeld in der Krise

Bedroht ist die Stabilität Südafrikas ferner durch Konflikte in Nachbarländern. Auch hier war die anglo-amerikanische Geheimdiplomatie - in Angola übrigens durch Portugal und die UdSSR unterstützt - nur teilweise erfolgreich. Es gelang, Namibia im März 1990 in die international anerkannte Unabhängigkeit zu führen. Zwar hat Namibia, über 70 Jahre faktisch eine fünfte Provinz Südafrikas, in vielem dieselben Probleme wie die frühere Besatzungsmacht, es gibt jedoch einen großen Unterschied: In Namibia fehlt ein Millionen Köpfe zählendes „Lumpenproletariat". Es mag zu einer *„Demokratie ohne Demokraten"*, richtiger: einer Demokratie ohne regierende Demokraten, verkommen sein,[21] ist jedoch ungleich stabiler als Südafrika. Auch in Mozambik waren Briten und Amerikaner erfolgreich. Nach fast 30 Jahren Krieg konnte diese frühere portugiesische Kolonie Anfang der 90er Jahre befriedet werden und hat seither, wenn auch weiterhin minenverseucht, einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen.[22] Völlig misslungen sind die Friedensbemühungen in Angola. Die einstige portugiesische Siedlerkolonie ist in das fünfte Kriegsjahrzehnt eingetreten. Im Mai 1991 war es, gestützt von Diplomaten der beiden damaligen Supermächte USA und UdSSR, portugiesischen Unterhändlern gelungen, die Regierung in Luanda und die Befreiungsbewegung UNITA in Lissabon einen Waffenstillstand schließen zu lassen. Damals lagen 15 Jahre bewaffneter Freiheitskampf (1960-1975) und dann 16 Jahre Bürgerkrieg hinter Angola. Die dann im September 1992 mit Unterstützung der UNO veranstalteten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen brachten dem Land keinen Frieden, da der Verlierer, die UNITA, den Buschkrieg wieder aufnahm. Dasselbe galt für ein Ende 1994 in Lusaka (Sambia) unterzeichnetes Friedensprotokoll. Auch eine deutlich verstärkte Präsenz der UNO vermochte das nicht zu verhindern, sodass der UNO-Sicherheitsrat im Februar 1999 einstimmig den Rückzug der letzten 1.000 von zuvor 7.000 „Blauhelmen" bzw. Militärbeobachtern beschloss. Mit dem Sturz des über 30 Jahre in Kinshasa herrschenden Diktators Mobutu Sese Seko (1997) weitete sich der angolanische Bürgerkrieg - die angolanischen Kriegsparteien unterstützen in dem Nachbarland verschiedene „warlords" - in die, so der offizielle Name, Demokratische Republik Kongo aus. Der Rebellenführer Laurent Kabila ging, von Washington massiv unterstützt, aus den Kämpfen als Sieger und neuer Diktator hervor. Schon Mitte 1998 brach im Kongo abermals Krieg aus. Außer von Angola wurde Kabila jetzt von Simbabwe und Namibia unterstützt - im Gegenzug die (übrigens untereinander zerstrittenen) Rebellen von Uganda und Ruanda. Ein im Juli 1999 von den Akteuren ausgehandelter Waffenstillstand wird weder von der Regierung in Kinshasa noch von den Rebellen respektiert. Eine weitere Destabilisierung der Region würde eintreten, sollte das Regime des 1980 durch freie Wahlen - die ersten und bislang letzten in der Geschichte des Landes - an die Macht gekommenen heutigen Diktators Robert Mugabe in dem bankrotten Simbabwe kollabieren.[23] Zerstört ist bereits die Hauptstadt Lesothos, Maseru, nachdem dort (nach einem Hilfsersuchen der Regierung) südafrikanische

P.Andrews/Reuters

Das 1990 unabhängig gewordene Namibia (li. Präsident Sam Nujoma bei einem Treffen mit dem aus dem Amt scheidenden Nelson Mandela am 1.6.1999) ist heute ungleich stabiler als Südafrika.

A.Hufford/Reuters

Die Bemühungen der Staatengemeinschaft um eine Befriedung des Bürgerkrieges in Angola müssen de facto als gescheitert betrachtet werden. Hier holen indische Soldaten anlässlich des Abzuges der UNO-Friedenstruppen im März 1999 die UNO-Flagge nieder.

und botswanische Truppen im September 1998 einen Aufstand von Sicherheitskräften niedergeschlagen hatten.

Gedanken zu einer künftigen Politik der EU im Süden Afrikas

Die EU und die Staaten im Süden Afrikas sind durch ein Netzwerk von Verträgen einander verbunden. Die wichtigsten sind der umfangreiche Kooperationsvertrag zwischen der EU und der um Südafrika gescharten Southern African Development Community (SADC),[24] der im September 1994 auf Initiative des damaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel unterzeichnet wurde, die vierte Konvention von Lomé („Lomé IV") - zu ihren Unterzeichnern gehören alle SADC-Staaten, die regionale Vormacht Südafrika allerdings nur mit deutlich reduzierten Rechten - sowie das noch nicht in Kraft befindliche Freihandelsabkommen EU-Südafrika. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die EU in diese Verträge zunehmend eine „politische Dimension" aufgenommen; so wird explizit festgehalten, dass die Leistungen der EU der Förderung von Sicherheit, Frieden und Stabilität in den afrikanischen Ländern dienen.

Auf dieser Basis muss die EU v.a. den Dialog mit Pretoria suchen, denn ein Fehlschlag des dortigen Transformationsprozesses hätte nicht nur für die Kap-Republik fatale Folgen. Vielmehr würde dann das angesichts der gewaltigen Probleme in den ehemals kommunistischen Ländern Europas im Westen ohnehin geringe Interesse an afrikanischen Fragen noch geringer werden. Die EU und der übrige Westen können mit Anarchie im Kongo, Angola und Simbabwe leben, nicht aber mit Anarchie in Südafrika: Letzteres würde eine Fluchtwelle von EU-Bürgern mit der eingangs angesprochenen Notwendigkeit ihrer Evakuierung (und damit den Verlust jeden Vertrauens in Afrikas Fähigkeit, sich zu entwickeln) und ungezählte andere desaströse Folgen auslösen. Man denke nur daran, dass bereits heute etwa Rauschgifthändler in Südafrika vorhandene (aber nicht mehr ordnungsgemäß gewartete) Flughäfen nutzen.[25] Ein darniederliegendes Südafrika würde auch für sie zu einem Zentrum international operierender organisierter Kriminalität werden!

Zumindest zwei große Hindernisse stehen einem erfolgreichen Dialog der EU mit Südafrika im Weg: Wie schon vor zehn Jahren, so werden die Briten auch jetzt ihr Vorgehen kaum mit ihren EU-Partnern abstimmen. Dennoch muss die EU sich um den Dialog bemühen. Zum anderen ist dem ANC und seinen Allianzpartnern nur zu gegenwärtig, dass (mit Ausnahme der Niederlande, Skandinaviens und Irlands) alle EU-Staaten in der Zeit des Kalten Krieges gegen sie mit Pretoria zusammengearbeitet haben. Umso größer ist die Verantwortung der nordischen Staaten, der Niederlande und Irlands. Ein von ihnen mitgetragener Dialog dürfte seit dem Mitte 1999 vollzogenen Wechsel im Amt des südafrikanischen Staatspräsidenten von Mandela zu Mbeki einfacher geworden sein. Denn niemand wagte die „Lichtgestalt" Mandela zu kritisieren. Auch erleichtert das große Interesse Mbekis an Wirtschaftsfragen das Gespräch mit ihm. Kaum jemand wird bestreiten, dass die Probleme des südafrikanischen Arbeitsmarktes - derzeit finden wohl nur 7% aller Schulabgänger Arbeit im „formellen" Sektor - ohne Hunderttausende von staatlich finanzierten Arbeitsplätzen gelöst werden können. Hier können EU, Weltbank und IWF nicht nur für den Anfang Schlüsselrollen spielen. Denn die Regierung Mbeki wird davon zu überzeugen sein, dass ein solches Engagement nur Sinn hat, wenn zuvor Südafrika deutlich an Stabilität gewonnen hat. Nach Lage der Dinge ist dazu außer der Hereinnahme starker Afrikaaner wie des früheren liberalen Dissidenten Van Zyl Slabbert und des Generals Viljoen in das Kabinett Mbeki zuvörderst ein Abkommen zwischen Afrikanern und Afrikaanern in der Art erforderlich, wie es US-Botschafter Lyman am 23.4.1994 zustandebrachte. Damals versagten anschließend mehr oder weniger alle Akteure. Ein abermaliges Scheitern wird es aber nicht geben - auch nicht auf Seiten Europas, dem inzwischen bewusst sein dürfte, dass es andernfalls in einen afrikanischen Konflikt verwickelt werden wird, von dem niemand weiß, ob er lösbar ist. ■

ANMERKUNGEN:

1) Sunday Times (London) 22.11.1998.
2) Frontline (Johannesburg) 11-12/1981, S.1.
3) Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 14.9.1999, S.14; FAZ 17.9.1999, S.10; FAZ 22.9.1999, S.10.
4) Vgl. das Interview mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt (Hamburg) 10.7.1977, S.8.
5) Financial Times 10.9.1993, S.3.
6) Dazu überaus informativ Patti Waldmeir: Anatomy of a Miracle/The End of Apartheid and the Birth of the New South Africa. London/Kapstadt 1997.
7) Vgl. dazu Äußerungen von Klaus Frhr. von der Ropp in: FAZ 30.8.1999, S.10 (Leserbrief); FAZ 15.5.1999, Tiefdruckbeilage.
8) Vgl. Sunday Times (Johannesburg) 21.4.1991; Financial Times 1.6.1991.
9) Vgl. Klaus Frhr. von der Ropp: Der Machtübergang in Südafrika. In: Wolfgang Wagner u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 1993/1994. München 1996, S.290-292f.
10) Vgl. Klaus Frhr. von der Ropp: Südafrikas dorniger Weg auf der Suche nach Frieden. Baden-Baden 1996, S.249-259.
11) Vgl. FAZ 27.1.1993, S.8 (Leserbrief von Mark Danser Hibbs).
12) The Negotiations Victory. In: The African Communist (Johannesburg), 4/1993, S.6-13 (9).
13) Interview mit Le Monde 5.6.1991. Vgl. auch Breyten Breytenbach: „ ... unerledigte Geschäfte in Südafrika ... ". In: Frankfurter Rundschau 28.3.1998, S.18.
14) Vgl. Neues Deutschland 22./23.8.1998, S.7.
15) Vgl. New York Times 16.7.1998, S.1.
16) Dazu jüngst Peter Gastrow: Main Trends in the Development of South Africa's Organised Crime. Unveröffentlichtes Manuskript, Kapstadt 1999.
17) Vgl. Euro Chamber of Commerce and Industry in Southern Africa: European Business Confidence in South Africa/Survey of Prevailing Views and Opinions. Johannesburg, October 1997; Southern African German Chamber of Commerce and Industry: Fifth Survey of German Enterprises in South Africa/Views, Opinions, Judgements, Intentions and Considerations with Regard to Policy and Economy. Johannesburg 1998.
18) Vgl. FAZ 15.4.1994; Weiter Axel J. Halbach: Südafrika: Gesuchter Kooperationspartner in einem Geflecht konfliktreicher regionaler Gruppierungen. In: ifo-Schnelldienst (München), 25-26/1997, S.24-37 (32).
19) Wall Street Journal Europe (Brüssel) 9.9.1998, S.10.
20) Vgl. v.a. Joe Slovo: Has socialism failed? In: South African Labour Bulletin (Johannesburg) 2/1990, S.11-28.
21) Vgl. Heribert Weiland: Namibias Demokartie auf dem Prüfstand: Ist das Experiment gescheitert? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Bonn) 2.7.1999, S.21-29 (25-26).
22) Vgl. Andrea E. Ostheimer: Die Implementierung demokratischer Strukturen in Mosambik. In: KAS-Auslandsinformationen (St. Augustin), 9/1999, S.65-83.
23) Vgl. Rudolf Traub-Merz: Ein Regime vor dem Kollaps? Simbabwe zum Jahresbeginn 1999. Friedrich Ebert Stiftung, Harare 1999.
24) Der Text des Abkommens wurde veröffentlicht in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 12.9.1999, S.769-772.
25) Vgl. Der Spiegel 48/1997, S.138-167.

Dr. Klaus Frhr. von der Ropp
Geb. 1938; Studium der Rechtswissenschaften und modernen Geschichte; Rechtsanwalt; langjährige Aufenthalte v.a. im südlichen Afrika; Leiter des Bonner/Berliner Verbindungsbüros der Stiftung Wissenschaft und Politik/Ebenhausen und zugleich Berater südafrikanischer und deutscher NGOs und Unternehmen zu den Entwicklungen im südlichen Afrika und „Lomé".